

Vogtletter

In dieser Ausgabe:

Auf Seite 2 begrüßt Rolf Schwanitz den geplanten **Ausbau des Elsterradwegs** und erläutert die **Ziele des Gendiagnostikgesetzes**.

Um **das Kasperletheater von Elsterberg** geht es im Kommentar von Rolf Schwanitz auf Seite 2.

Auch im nächsten Jahr können **Jugendliche mit dem PPP** wieder **in die USA**. Mehr auf Seite 3. Außerdem geht es hier um **mehr Transparenz beim Arzneimittelversand**.

Meine Kita bleibt gesund, ist das Motto auf Seite 4. Hier spricht die **"Elterninitiative Hilfe für Behinderte und ihre Familien Vogtland e.V."** den **Bahnsteigzugang am Oberen Bahnhof in Plauen** an.

Auf Seite 5 wird über die **SPD-Regionalkonferenz in Dresden** berichtet. Daneben wird an dieser Stelle die französische **IPS-Teilnehmerin Anais Sautier** vorgestellt, die noch bis Ende Juli im Büro von Rolf Schwanitz ist.

Auf der letzten Seite stellt sich der **SPD-Landtagskandidat im Wahlkreis 1 - Plauen, Bernd Stubenrauch**, vor. Und die **freien Strolche** beschäftigen sich mit den **Elsterberger Stadtratskandidaten**. Auch die Termine der nächsten **Bürger-sprechstunden** sind wieder auf Seite 6 zu finden.

Personenbahnhöfe im Vogtland profitieren vom Konjunkturprogramm



Oberer Bahnhof in Plauen: Das Empfangsgebäude wird mit Mitteln des Konjunkturprogramms saniert

Vom Konjunkturprogramm der Bundesregierung profitieren nicht nur die vogtländischen Kommunen. Auch für Investitionen in Personenbahnhöfe sind Mittel vorgesehen. "In Herlasgrün soll das Erscheinungsbild des Bahnhofes verbessert werden und beim Oberen Bahnhof in Plauen wird das Empfangsgebäude energetisch saniert und der Bahnsteigzugang verbessert", erläuterte Schwanitz das Ziel der Investitionsmaßnahmen. Durch das Sonderprogramm Personenbahnhöfe wird die Attraktivität des Schienenpersonenverkehrs deutlich verbessert und der Konjunkturkrise entgegengewirkt. "Die Investitionen sind notwendig, um die hohe Qualität unserer Schieneninfrastruktur aufrecht zu erhalten bzw. zu verbessern. Außerdem sichern diese Maßnahmen Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft", so Schwanitz. Er wies auch darauf hin, dass in den nächsten Jahren Investitionen in die Bahnhöfe natürlich nicht nur aus dem Konjunkturprogramm stattfinden, sondern auch aus dem normalen Investitionsprogramm der Deutschen Bahn, welches im Jahr 2009 beispielsweise ein Volumen von knapp 200 Millionen Euro aufweist. Hier sind im Vogtland derzeit Maßnahmen in Adorf, Reichenbach und Weischlitz geplant. Im Konjunkturprogramm der Bundesregierung sind insgesamt 300 Millionen Euro für Investitionen in mehr als 1.700 Personenbahnhöfe in allen Bundesländern vorgesehen. Diese Mittel müssen bis Ende 2011 ausgegeben sein.

Adorfer Erklärung verabschiedet



Als besonderes Highlight wurden spezielle Gesundheitsdrinks in Form von nichtalkoholischen Cocktails ausgedient, deren Verkaufserlös der Adorfer Kindergarten "Zwergenvilla" erhält

Der vogtländische SPD-Landtagskandidat Sandro Röder stellte am 17. April im Adorfer Rathskeller ein interessantes Konzept für eine regionale Strategie gegen den Ärztemangel im Vogtland vor. Röder präsentierte seine "Adorfer Erklärung" in einer öffentlichen Veranstaltung, an der auch Rolf Schwanitz, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Gesundheit, teilnahm. Schwanitz: "Das sind gute Vorschläge, denn die demographische Herausforderung erzwingt das Handeln auch auf der regionalen Ebene".

Schwanitz begrüßt Ausbau des Elsterradwegs



"Jetzt kann der Elsterradweg auch im Vogtland endlich zu dem werden, was in ihm steckt: Einer der schönsten Fern-Radwege Deutschlands!", erklärte der SPD-Bundestagsabgeordnete Rolf Schwanitz zur Unterzeichnung des Vertrages über den Ausbau des Elsterradweges. Schwanitz setzt sich schon seit vielen Jahren für einen attraktiveren Elsterradweg im Vogt-

land ein. Deshalb begrüßt er es besonders, dass nun richtig Geld in die Hand genommen wird und endlich großflächig mit den Arbeiten am Elsterradweg begonnen werden

den kann. Der Ausbau des Elsterradwegs wird nach Ansicht von Schwanitz noch einen langen Atem brauchen und nur durch eine gemeinsame Kraftanstrengung der beteiligten Kommunen und des Landkreises möglich sein. Dass dies geht, macht seine Heimatstadt Plauen bereits vor. "Hier schreitet der Ausbau des Elsterradwegs dank des Einsatzes von

Baubürgermeister Eberwein kontinuierlich voran. Erst kürzlich wurde ein weiterer Abschnitt zwischen Stresemann- und Streichhölzerbrücke fertig gestellt.", sagte Schwanitz. Damit tatsächlich mehr Radtouristen ins Vogtland kommen und sich der Ausbau für die Region auch wirklich lohnt, muss jetzt aber noch mehr passieren, forderte Schwanitz: "Der Tourismusverband muss jetzt parallel an einem Vermarktungskonzept, auch mit den anderen Regionen, arbeiten und für passende Angebote der Gastronomie und sonstiger Dienstleister sorgen." Schwanitz kündigte außerdem an, die Entwicklung des Elsterradweges weiterhin - wenn notwendig auch kritisch - zu begleiten.

Kurz kommentiert

Das Kasperletheater von Elsterberg

Wieder einmal tobt im Vogtland der Streit über Sinn und Unsinn der Kandidatur von Bürgermeistern bei Stadtratswahlen. Natürlich ist diese Unsitte nach dem sächsischen Wahlgesetz nicht untersagt. Aber wo steht eigentlich geschrieben, dass Verwerfliches so lange praktiziert werden darf, bis es ausdrücklich verboten ist? Gerade Bürgermeister sollten nicht nur mit dem Mundwerk, sondern auch mit Moral und Anstand vorangehen. Die klaren Absagen in Bad Elster und Reichenbach verdienen deshalb Respekt – das Kasperletheater des Bürgermeisters in Elsterberg jedoch erzeugt nur noch Kopfschütteln. Eigentlich müssten die Dinge klar sein: Wenn einer sich für etwas bewirbt, was er gar nicht sein oder werden will, ist das freundlich formuliert eine Mogelpackung. Man könnte es auch Wählertäuschung nennen. Und ob die Kandidatur eines Bürgermeisters mit seiner Neutralitätspflicht zur Stadtratswahl überhaupt vereinbar ist, wäre auch mal eine Prüfung wert. Eines ist dieses Verhalten in jedem Fall: Eine klare Verachtung der Intelligenz der Bürgerinnen und Bürger. Ob die sich jedoch von ihrem Stadtoberhaupt nun auch noch über Wochen zum Deppen machen lassen, werden wir sehen.

Rolf Schwanitz



Bundestag beschließt Gendiagnostikgesetz

"Dies ist eine wesentliche Verbesserung des jetzigen gesetzlosen Zustands und wird dem Missbrauch von Genuntersuchungen einen wirksamen Riegel vorschieben." So bewertete der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium, Rolf Schwanitz, das in der vergangenen Woche durch den Deutschen Bundestag

mit großer Mehrheit verabschiedete Gendiagnostikgesetz. Genetische Untersuchungen sollen danach künftig nur noch durchgeführt werden dürfen, wenn diese Untersuchungen einen Gesundheitsbezug haben, von Ärzten mit einer entsprechenden Qualifikation veranlasst werden und die Betroffenen in die Untersuchung rechtswirksam

eingewilligt haben. Die Betroffenen sollen zudem allein über die Weitergabe, Aufbewahrung oder Vernichtung ihrer genetischen Daten entscheiden. "Mit dem Gendiagnostikgesetz soll das Recht auf informationelle Selbstbestimmung im Bereich genetischer Untersuchungen gestärkt und der Missbrauch von Untersuchungsergebnissen verhindert werden", erläuterte Schwanitz das Ziel des Gesetzes. Das Gesetz ist nach einer insgesamt über zehn Jahre andauernden kontroversen Diskussion und mehreren gescheiterten Versuchen nun in der Zuständigkeit von Rolf Schwanitz als Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Gesundheit beschlossen worden.



© Michael Bührke/PIXELIO

Mehr Transparenz beim Arzneimittelversand im Internet

"Verbraucher können jetzt mit einem 'Klick' herausfinden, bei welcher Versandapotheke sie auf eine korrekte Ausführung ihrer Bestellung vertrauen können.", sagte der Parlamentarische Staatssekretär Rolf Schwanitz, als er am 21. April im Foyer des Bundesgesundheitsministeriums ein neues Sicherheitslogo und ein Register für Versandapotheken der Öffentlichkeit vorstellte. Das Sicherheitslogo wird den legalen Versandapotheken vom Deutschen Institut für Medizinische Dokumentation und Information (DIMDI) zur Verfügung gestellt und kann von den Versandapotheken in ihren Internetauftritt aufgenommen werden. Die Verbraucher können dann durch Anklicken des Logos über eine sichere Datenleitung des DIMDI feststellen,



ob diese Apotheke eine behördliche Erlaubnis besitzt. Rolf Schwanitz erläuterte: "Das Internet wird von vielen zumeist illegalen Arzneimittelangeboten überschwemmt. Für Verbraucher war es bisher schwer zu erkennen, welche lega-

len Ursprungs sind. Damit ist jetzt Schluss. Das neue Logo schafft Klarheit, welche Versandapotheken behördlich zugelassen sind." Auch das Register für Versandapotheken ist beim DIMDI angesiedelt. Ab sofort können Verbraucher auf der Homepage des DIMDI unter www.dimdi.de prüfen, welche Apotheken für den Versand mit Arzneimitteln über das Internet zugelassen sind. Das Register wird täglich aktualisiert und enthält auch niederländische Versandapotheken, die Arzneimittel nach Deutschland liefern dürfen. Mit dem Register will das Bundesgesundheitsministerium mehr Transparenz über Apotheken mit Versandhandelserlaubnis im Internet schaffen.

Kurz gemeldet

Rechte der Bahnkunden gestärkt

Bahnfahrer erhalten bei Verspätungen und Zugausfällen künftig deutlich mehr Rechte. Dies sieht das am 24. April 2009 vom Deutschen Bundestag beschlossene Gesetz zur Anpassung eisenbahnrechtlicher Vorschriften vor. So haben Fahrgäste je nach Dauer der Verspätung Anspruch auf eine Entschädigung. Unter bestimmten Umständen muss das Eisenbahnunternehmen auch eine kostenlose Hotelunterkunft anbieten. Im Personennahverkehr kann der Fahrgast bei einer Verspätung von mindestens 20 Minuten kostenlos einen Zug des Fernverkehrs nutzen. Eisenbahnunternehmen und Bahnhofsbetreiber müssen außerdem dafür sorgen, dass der Bahnhof, die Bahnsteige, die Fahrzeuge und andere Einrichtungen auch für Personen mit eingeschränkter Mobilität zugänglich sind.

Gesine Schwan zu Gast bei der SPD-Bundestagsfraktion

Gesine Schwan, SPD-Kandidatin für das Bundespräsidentenamt, war in der vergangenen Woche zu Gast in der SPD-Bundestagsfraktion. Sie berichtete von ihrer erfolgreichen "Demokratiereise" durch Deutschland und bedankte sich für die Unterstützung. Sie sagte, dass die SPD mitten in der schwersten wirtschaftlichen Krise der Nachkriegszeit und angesichts der fortschreitenden Globalisierung neue Wege beschreiten muss und dass sie als Bundespräsidentin den Prinzipien der Solidarität und Gerechtigkeit wieder Geltung verschaffen will. Es wurde deutlich, dass sie sich der Unterstützung der SPD-Abgeordneten sicher sein kann.

Jugendliche mit einem Stipendium des Deutschen Bundestags für ein Jahr in die USA

Auch im nächsten Jahr kann wieder ein vogtländischer Jugendlicher im Rahmen des Parlamentarischen Patenschaftsprogramms (PPP) mit einem Stipendium des Deutschen Bundestags für ein Jahr in die USA reisen. Das PPP wird vom Deutschen Bundestag und dem Amerikanischen Kongress finanziert und soll insbesondere das Interesse der jungen Generation beider Länder für einander wecken sowie das gegenseitige Verständnis fördern. Sowohl Schülerinnen und Schülern als auch jungen Berufstätigen wird über das PPP ein einjähriger Aufenthalt in den USA ermöglicht. Sie wohnen in Gastfamilien und besuchen eine amerikanische High School bzw.

erhalten die Möglichkeit, ein Praktikum in einem Betrieb zu absolvieren und am Un-



terrichtet an einem Community College teilzunehmen. Die Schülerinnen und Schüler müssen zum Zeitpunkt der Ausreise (31.7.2010) zwischen 15 und 17 Jahre alt sein (Geburtsdatum vom 1.8.1992 bis 31.7.1995). Junge Berufstätige sollten zu diesem Zeitpunkt ihre Berufsausbildung abgeschlossen haben und zwischen 16 und 24 Jahre alt sein (Geburtsdatum vom 1.8.1985 bis 31.7.1994). Arbeitslose Jugendliche mit abgeschlossener Berufsausbildung können sich ebenfalls bewerben. Das Bewerbungsfaltblatt kann auf der Homepage von Rolf Schwanitz unter www.rolf-schwanitz.de angefordert werden.

Zugang zu Bahnsteigen verbessern



Angeregte Diskussion im Paul-Löbe-Haus

Am heutigen Mittwoch vertrat Rolf Schwanitz Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt zu Beginn der turnusmäßigen Kabinettsitzung. Anschließend war noch genug Zeit, um vor der Rückfahrt ins Vogtland am Mittag eine Besuchergruppe der "Elterninitiative Hilfe für Behinderte und ihre Familien Vogtland e.V." im Deutschen Bundestag zu einem Gespräch zu empfangen. Die Elterninitiative ist ein im Frühjahr 1990

entstandener überparteilicher und konfessionell unabhängiger Verein, der von Behinderung betroffenen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen sowie deren Eltern und Angehörigen Hilfe im seelischen und sozialen Bereich (u. a. Beratung und betreutes Wohnen) bietet. Die Gruppe ist wegen der Veranstaltungen zum 50. Gründungsjubiläum des Bundesverbandes für körper- und mehrfachbehinderte Menschen

(BVKM) eine Woche lang in Berlin. Rolf Schwanitz berichtete natürlich zunächst von der gerade stattgefundenen Kabinettsitzung und über die auch dort thematisierten Vorkehrungen des Bundes gegen eine Pandemie (Stichwort: Schweinegrippe). In der Diskussion mit dem Abgeordneten ging es u. a. um die Wirtschafts- und Finanzkrise sowie den Ablauf einer Sitzungswoche. Aber auch Fragen zur Hilfsmittelversorgung durch die Krankenkassen und Pflegekassen und einem besseren behindertengerechten Zugang zu den Bahnsteigen am Oberen Bahnhof in Plauen wurden angesprochen. Hier konnte Schwanitz berichten, dass im Investitionsprogramm Personenbahnhöfe auch Mittel für die Verbesserung des Zugangs für Behinderte vorgesehen sind. Wegen der konkreten Planungen am Oberen Bahnhof wird er sich mit der Bahn in Verbindung setzen und die Elterninitiative informieren.

Vor 20 Jahren

1.5.1989: In Leipzig wird ein Schweigemarsch von Oppositionellen von der Polizei gewaltsam aufgelöst

2.5.1989: Ungarn kündigt den Abbau der Grenzanlagen zu Österreich an

4.5.1989: Die Kapazitäten im Notaufnahmelage Gießen erschöpfen sich mit der Ankunft von weiteren 345 Flüchtlingen aus der DDR

7.5.1989: Oppositionelle kontrollieren die Kommunalwahl in der DDR und stellen zahlreiche Wahlfälschungen fest

9.5.1989: DDR-Chefideologe Hager sagt, dass Reformen nach sowjetischem Vorbild nicht in Frage kommen

14.5.1989: 3000 Studenten treten auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking in den Hungerstreik

16.5.1989: DDR-Planungschef Schürer warnt im SED-Politbüro vor steigender Verschuldung, die spätestens 1991 zur Zahlungsunfähigkeit der DDR führen wird

17.5.1989: Vaclav Havel wird aus der Haft entlassen

18.5.1989: Litauen erklärt seine Unabhängigkeit

19.5.1989: Oppositionelle fechten offiziell die Gültigkeit der Kommunalwahl an

20.5.1989: Über Teile Pekings wird das Kriegsrecht verhängt

22.5.1989: Nach dem Friedensgebet in der Leipziger Nikolaikirche kommt es zu Verhaftungen

26.5.1989: In Berlin gelingt eine aufsehenerregende Flucht mit Motordrachen

Meine Kita bleibt gesund!

Unter diesem Motto starteten am 20. April bei strahlendem Sonnenschein Berliner Kita-Kinder gemeinsam mit der Leiterin der Europäischen Vertretung, Dietlind Jering, und dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium, Rolf Schwanitz, die Europäische Impfwoche am Brandenburger Tor in Berlin. Die Europäische Impfwoche bildet den Höhepunkt und Abschluss der bundesweiten Aktion "Meine Kita bleibt gesund!", mit der schon seit einigen Monaten in Kindertageseinrichtungen für einen ausreichenden Impfschutz geworben wird. So sollen Eltern an die emp-

fohlenen Schutzimpfungen erinnert und notwendige Informationen dazu vermittelt werden. Gerade die Aktions-Materialien, mit denen Kitaerzieher das Thema Schutzimpfungen an die Eltern vermitteln und die Kinder kreativ einbinden können, hält Rolf Schwanitz für sehr wichtig. "Denn ein guter Impfschutz für Kinder geht nicht nur Eltern und Ärzte etwas an. Gerade Gemeinschafts-

einrichtungen wie Kindertagesstätten können wichtige Orte sein, an denen für einen besseren Schutz vor Infektionskrankheiten sensibilisiert und geworben wird.", so Schwanitz.



Vor dem Brandenburger Tor

Guter Start durch Regionalkonferenz Ost

Am letzten Sonntag trafen sich mehrere hundert Sozialdemokraten in Dresden zur Regionalkonferenz Ost. Gemeinsam mit SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier, SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering und mit dem Spitzenkandidaten zur Europawahl diskutierten die ostdeutschen Genossinnen und Genossen den Entwurf des SPD-Regierungsprogramms zur Bundestagswahl. Der Programmwurf bekam dabei durchweg gute Noten. "Das war ein motivierender Auftakt für die vor uns liegenden Auseinandersetzungen", so Rolf

Schwanitz am Ende der Veranstaltung. Doch der SPD-Bundestagsabgeordnete war an diesem Nachmittag nicht nur in Sachen Programmatik unterwegs. Schwanitz nutzte die Gelegenheit auch für ein intensives Gespräch mit der sächsischen Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst, Eva-Maria Stange. Dabei ging es Schwa-



Frank-Walter Steinmeier in Dresden

nitz besonders um regionale Fragen wie die Außenstelle der Westböhmischen Uni in Plauen und das geplante Zentrum für Spitze und Stickerei.

Kurz gemeldet

Reform des Kontopfändungs-schutzes

Bisher war die Pfändung der Guthaben von Girokonten ein typischer Anlass für Kreditinstitute, eine Girokonto-Verbindung zu kündigen. Deshalb hat der Deutsche Bundestag in der letzten Woche das Gesetz zur Reform des Kontopfändungs-schutzes beschlossen. Dadurch haben Schuldner trotz einer Kontopfändung weiterhin die Möglichkeit zur Teilnahme am bargeldlosen Zahlungsverkehr. Jeder Inhaber eines Girokontos kann von seiner Bank verlangen, dass sein Konto als Pfändungsschutzkonto geführt wird. Dieses Konto genießt dann einen besonderen Schutz. Der Schuldner kann so seinen anderen Zahlungsverpflichtungen, wie z. B. Miete, weiterhin nachkommen.

SPD-Wahlprogramm vorgestellt

Die SPD hat den Entwurf ihres Wahlprogramms vorgelegt. Der Text geht jetzt zur Beratung an die Basis der Partei und soll auf dem Wahlparteitag am 14. Juni beschlossen werden. Mit dem Programm sagt die SPD klar, was sie für die Hauptaufgaben der Politik in den kommenden Jahren hält und gibt Antworten, wie sie mitten in einer schweren Wirtschaftskrise das soziale und demokratische Deutschland weiter stärken will. Rolf Schwanitz dazu: "Wir sagen, was wir anpacken wollen und was wir ablehnen. Dass die Medien und die anderen Parteien Kritik üben, zeigt mir, dass wir mit dem Programm richtig liegen." Der Entwurf des Programms ist auf der Homepage des SPD-Kanzlerkandidaten unter www.frankwaltersteinmeier.de zu finden.

Eine Französin in Berlin

Auch in diesem Jahr gibt Rolf Schwanitz einer Teilnehmerin des Internationalen Parlamentstipendiums (IPS) wieder die Möglichkeit, seine Arbeit kennenzulernen. Anais Sautier aus Frankreich hat ihr Praktikum im Abgeordnetenbüro am 16. März begonnen und wird noch bis Ende Juli im Abgeordnetenbüro von Rolf Schwanitz in Berlin sein.



Anais Sautier vor dem Fraktionssaal der SPD

Anais ist 24 Jahre alt und hat ein Doppeldiplom in Politikwissenschaft und Sozialwissenschaft (Vertiefungsfach: Sozialpolitik) an den Universitäten Stuttgart und Bordeaux gemacht. Sie ist bei den französischen Sozialisten aktiv und freut sich deshalb besonders, dass sie bei einem sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten arbeiten kann. Auch die sozialpolitischen Themen von Rolf Schwanitz interessieren sie sehr, hat sie doch bereits mehrere Praktika bei Nichtregierungsorganisationen in Europa gemacht, bei denen es um die Armutsbekämpfung ging. Ihre Diplomarbeit hat Anais über die Wohnungspolitik Frankreichs und die europäische Sozialgesetzgebung geschrieben. Ab dem nächsten Jahr würde sie gerne über das Thema Wohnungspolitik in Frankreich und in Deutschland und die Bekämpfung von Obdachlosigkeit promovieren. Das IPS gibt 115 jungen Leuten aus Osteuropa, den Vereinigten Staaten, Israel und Frankreich die Möglich-

keit, fünf Monate lang den Deutschen Bundestag kennenzulernen und im Abgeordnetenbüro "mitzuhelfen". Parallel zu der Arbeit im Bundestag veranstalten die politischen Stiftungen sogenannte Stiftungsreisen, bei welchen die Stipendiaten gemeinsam mit Fachleuten über die wichtigen politischen Fragen in Deutschland diskutieren können und auch die Stiftungen selbst kennenlernen. Das IPS ist ein echtes Austauschprogramm zwischen dem deutschen Bundestag und der französischen Assemblée Nationale. Seit 1990 lernen fünf junge Deutsche ein Jahr lang das französische Parlament in Paris kennen, während gleichzeitig fünf Franzosen ein ganzes Jahr in Berlin verbringen. Hier studieren sie zunächst an einer der drei Universitäten Berlins und absolvieren anschließend gemeinsam mit den anderen IPS Praktikanten, die erst Anfang März ankommen, das Praktikum im Bundestag.

Rolf Schwanitz MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030-22777937
Fax: 030-22776937
rolf.schwanitz@bundestag.de

Freiheitsstr. 13
08523 Plauen
Tel: 03741-134118
Fax: 03741-708483
rolf.schwanitz@wk.bundestag.de

Sie finden mich auch im Internet:

www.rolf-schwanitz.de

Aus dem Terminkalender von Rolf Schwanitz:

5.5.2009, 10 Uhr, Arbeitsgruppe Gesundheit

5.5.2009, 15 Uhr, SPD-Bundestagsfraktion

6.5.2009, 10 Uhr, Ausschuss für Gesundheit

6.5.2009, 12 Uhr, Anhörung zur AMG-Novelle

8.5.2009, 18 Uhr, Landesvorstand der SPD-Sachsen in Dresden

9.5.2009, 9 Uhr, Stadtpaziergang mit den Naturfreunden in Plauen

9.5.2009, 18 Uhr, Festveranstaltung 100 Jahre Naturfreunde Plauen

11.5.2009, 13 Uhr, Anhörung zum Medizinproduktegesetz

Die nächsten Bürger-sprechstunden:

Klingenthal, Dienstag,
19.5.2009, 14 bis 15 Uhr,
Bürgerbüro Enrico Bräunig
MdL, Kirchstraße 6

Auerbach, Dienstag,
19.5.2009, 16 bis 17 Uhr,
SPD-Büro, Breitscheidstraße 14

Solide Haushalts- und Finanzpolitik in Sachsen

Bernd Stubenrauch, SPD-Kandidat im Wahlkreis 1 Plauen stellt sich vor:

Seit 61 Jahren wohne ich in unserer schönen Stadt Plauen und arbeite seit 33 Jahren in der Plauener Spitzenbranche in leitenden Funktionen. Ich bin verheiratet und habe eine Tochter. 1967 legte ich mein Abitur ab und beendete mein Ingenieurstudium 1970. Bis 2000 parteilos, führte mich mein politischer Weg in die SPD, für die ich bis heute im Stadtrat und im Kreistag tätig bin. Als Mitglied im Finanzausschuss beider Körperschaften entscheide ich mit, wie die erstellten Haushalts- und Finanzpläne Voraussetzungen schaffen, den Herausforderungen des demografischen Wandels und rückläufiger Solidarpakt-Einnahmen Rechnung zu tragen. Das

gelingt aber nur mit leistungsfähigen Kommunen. Deshalb soll Schwerpunkt meiner Arbeit im Landtag die Haushalts- und Finanzpolitik sein. Die Finanzausstattung der Kommunen muss wesentlich verbessert werden. Innovation, Bildung, Forschung und Technologie sind Investitionsschwerpunkte für die nächsten 5 Jahre. Kombiniert mit solider Haushaltspolitik muss es möglich sein, Schulden zu tilgen und Überschüsse im Landeshaushalt zu erzielen, um nicht nur in die großen "Leuchttürme", sondern auch außerhalb der Ballungszentren in Arbeitsplätze zu investieren. Kleine Unternehmen sollen davon besonders profitieren. Die wichtigste Aufgabe ist und bleibt deshalb, für eine gerechte Verteilung der Arbeit in Sachsen zu kämpfen. Kultur, Sport und Vereine gehören zur



Freche Strolche



He Maxe, haste scho gehört, in Elsterberg kandidiert nu der Berschermeester fürn Stadtrat!

Ja Moritz, awer e paar Querolanden finden des garnet gut, wesch'n derer Gewaldendeilung.

So'n Blödsinn Moritz. Ich find de Jennischn hat völich Recht. Mer solldn glei de Gesetze so ännern, dass der des och wern darf.

Wie meenst'n des Maxe?

Überlesch doch ma Moritz, welsche Vordeile des hett: De Mitarweider vom Rathaus missn sowieso in derer Sitzung sei. I tät glei alle Berschermeester, Derzerne, Amts- un Referatsleiter fürn Stadtrat kandidiere lasse. Die krisch'n dann vor der Sitzung vom OB noch en Dienststoffrach damit se richtig abstimme kennt un fertich is der Lack. De olle Stadtrat wern eingespart un kenne glei zu Hause bleiwe.

I wees net Maxe: Irschend wie kimmt mer des bekannt vor. Vielleicht is des doch net soe gute Idee!

Lebensqualität. Bei vielfältigen Aktivitäten finden Menschen zusammen, die ihre Freizeit gemeinsam gestalten. Menschen in Gartenvereinen, Jugendclubs, Seniorentreffs, alle machen sich für das Gemeinwohl stark, die Gemeinschaft muss sich aber auch für sie stark machen. Einsparungen bei den Mitteln für Vereine und Aktivitäten dürfen deshalb keinen Platz finden. Sachsen ist weltoffen. Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung und Gewalt sind genauso zu bekämpfen wie Rechtsradikalismus. In Sachsen ist kein Platz für Intoleranz und Gewalt.